

BUNDESREGIERUNG

Mehr Zeit für Familie

Fr, 28.10.2011

Der Wunsch nach mehr Zeit für Familie steht noch vor dem Wunsch nach mehr Geld. Zu diesem Ergebnis kommt der 8. Familienbericht "Zeit für Familie. Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik". Die Gutachter geben dem Elterngeld gute Noten.

Der Bericht, den die Bundesregierung entgegengenommen hat, enthält einen eindeutigen Appell an Arbeitgeber, Sozialpartner, Kommunen und den Gesetzgeber, zeitliche Freiräume für Familien zu schaffen und zu respektieren.

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder unterstützt die Kerngedanken des Berichtes. "Heute rangiert der Wunsch nach mehr Zeit für Familie weit vor dem Wunsch nach mehr Geld oder nach besserer Kinderbetreuung", sagte sie bei der Übergabe. Ein Zeitkonzept sei überfällig. Zeit sei die Leitwährung und damit ein Schlüsselfaktor für Familien betont die Ministerin. Nötig seien nun Handlungskonzepte für eine familienfreundliche Zeitpolitik.

Die Gutachter geben dem Elterngeld gute Noten. Dieses übernehme inzwischen eine Schutzfunktion für die Familie und führe zu einem schnelleren Wiedereinstieg in die Berufstätigkeit der Frau. Auch der Anteil der Väter steige stetig. Anfangs habe sich jeder Fünfte für Zeit mit dem Kind entschieden, jetzt sei es schon jeder Vierte.

Kinderbetreuung Voraussetzung für Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Eine große Bedeutung in der Zeitgestaltung von Familien spielt die externe Betreuung von Kindern und insbesondere Kleinkindern. Mehr als ein Drittel der Eltern mit Kindern zwischen ein und zwei Jahren und drei Viertel der Eltern mit Kindern zwischen zwei und drei Jahren wünschten einen Kitaplatz für ihre Kinder (2009). Laut Bericht konnten bisher jedoch in den beiden Altersklassen nur 23 Prozent beziehungsweise 48 Prozent diesen Wunsch realisieren.

Schröder stellte daher nochmals klar: "An dem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz, der ab 2013 bestehen wird, wird nicht gerüttelt." Der Ausbau der Kinderbetreuungsplätze gehe voran."

Nach Ansicht der Sachverständigen müssten Betreuungsangebote von Ganztagschulen und Kindertagesstätten auch in den Schulferien ausgebaut werden. Die Ferienzeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen, die in der Regel deutlich länger sind als der Jahresurlaub von Beschäftigten, führten zu einem besonderen Zeitengpass bei erwerbstätigen Eltern.

Dass die Arbeitswelt mit der gesellschaftlichen Entwicklung nicht Schritt gehalten habe, bestätigte auch die Familienministerin. Die Gutachter rufen daher Städte und Gemeinden auf, durch passgenaue Betreuungs-, Versorgungs- und Erziehungseinrichtungen Familien "beim Spagat zwischen Familienaufgaben und Beruf besser zu unterstützen".

Der **Familienbericht** der Bundesregierung wird seit 1968 in der Regel im Abstand von fünf bis sechs Jahren vorgelegt. Der 8. Familienbericht wurde von einer achtköpfigen Kommission innerhalb von 16 Monaten erarbeitet. Im Frühjahr 2012 wird die Bundesregierung ihre Stellungnahme dazu abgeben.

Der Ausbau der Kinderbetreuung geht voran

